

# oö Informiert

Nr. 2, 2018

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz



## Heimat. Brauchtum. Tradition.

Mehr dazu auf Seite 3

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner  
FPÖ-Landesparteiobmann

### Integrationsleitbild:

**Neue Haus-  
ordnung für OÖ.**

Seite 2

### 1. Mai:

**Arbeiter  
wählen FPÖ**

Seite 6-7

### Politischer Islam:

**FPÖ macht ernst,  
auch in OÖ**

Seite 11



Bild: FPÖ-Landesklub

Klubobmann Ing. Herwig Mahr: „Es ist unmissverständlich klargestellt, dass unsere Heimat an erster Stelle steht.“

### Integrationsleitbild:

## Neue „Hausordnung“ für Oberösterreich

Das Land Oberösterreich hat sich eine neue „Hausordnung“ in Sachen Integration verpasst. Nötig war die Überarbeitung des alten Leitbildes aus dem Jahr 2009 auch wegen der geänderten Situation durch die Fluchtwelle.

„Integration hat in Oberösterreich ein neues Gesicht. Nun ist unmissverständlich klargestellt, dass unsere Heimat an erster Stelle steht. Unsere Regeln müssen befolgt und unsere christlich-abendländische Leitkultur akzeptiert werden. Integration ist nun vielmehr Bringschuld der Zugewanderten. Auch der respektvolle Umgang untereinander bekommt wieder mehr Bedeutung“, sagt Klubobmann Herwig Mahr.

Für den FPÖ-Klubchef ist das neue Leitbild eine deutliche Verschärfung gegenüber dem bisherigen. Die Regeln seien klarer und eindeutiger als bisher. Konkret sei das Leitbild auch Grundlage für die Vergabe von Förderungen von Integrationsprojekten, zum Beispiel für Deutschkurse. Eingearbeitet wurde der Grundsatz, dass es mehr Geld für jene



Zuwanderer gibt, die eine Bleibeperspektive haben. Wesentliche Grundlagen und Schlüsselfaktoren für ein gelungenes Zusammenleben sind das Bekenntnis zur gemeinsamen Sprache Deutsch, das Bemühen um Selbsterhaltung und die Teilhabe am Arbeitsmarkt sowie das Be-

kenntnis zu oberösterreichischen christlichen Werten und Traditionen. Dazu gab es einen einstimmigen Beschluss in der oberösterreichischen Landesregierung.

Für FPÖ-Landesparteiobmann und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner ist das Integrationsleitbild eine Hausordnung in Sachen Integration. „Erfreulich ist, dass es nun einen realitätsbezogenen Perspektivenwechsel gibt. Unsere grundlegenden Werte müssen als Basis ebenso akzeptiert werden.“

Es sei Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft, das dafür notwendige Integrationsangebot zu stellen. Für den FPÖ-Landeschef sind zudem die Zeiten des Schönredens vorbei: „Bei fehlender Bereitschaft und Verweigerung muss es auch zu Konsequenzen und spürbaren Sanktionen kommen.“

# In Landesverfassung verankern: Heimat. Brauchtum. Tradition.

Bild: Andreas Praefcke/wikipedia.org



*Der Begriff „Heimat“ soll in der Landesverfassung verankert werden. Den damit in Verbindung stehenden Begriffen „Tradition“ und „Brauchtum“ soll der entsprechende Stellenwert verliehen werden. Der langfristige Erhalt der landestypischen Brauchtümer und Traditionen sei vor allem in Zeiten mit hoher Zuwanderung von Bedeutung.*

„Das Land OÖ bekennt sich zur Heimatpflege durch das Bewahren der landestypischen Brauchtümer und Traditionen“, soll in die Verfassung eingefügt werden.

Für FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ist dies eine weiterführende Maßnahme zum neuen Integrationsleitbild. „Wir müssen unzweifelhaft klar machen, dass es um unsere Heimat geht, wenn wir von In-

tegration sprechen. Es sollen sich alle Maßnahmen daran orientieren“, so der FPÖ-Landesparteiobmann. „Wer in unserem Land bleiben will, dem muss klar sein, dass wir diese Heimat als ein hohes Gut sehen, an dem man sich orientieren kann und muss. An unseren Traditionen und unserem Brauchtum wird nicht gerüttelt“, nennt Haimbuchner als Beispiele das Händeschütteln, aber auch, dass aus vorauseilendem Gehorsam etwa kein Schweinefleisch mehr angeboten werde.

Für FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr soll sich Oberösterreich damit unmissverständlich zu seinen gewachsenen Traditionen und Brauchtümern bekennen. „Auf unserer Heimat baut alles auf. Sie muss Grundlage allen politischen Handelns sein. Dazu gehören auch die Integrationsmaßnahmen“, so Mahr.

Ein entsprechender Antrag dazu wurde von der FPÖ im Landtag eingebracht und wird nunmehr bis zum Herbst in den zuständigen Gremien für eine Beschlussfassung ausgearbeitet. Die ÖVP habe bereits Zustimmung signalisiert, die FPÖ wünscht sich eine Einigung mit allen Parteien.

Landeshauptmann-Stv. Dr. **Manfred Haimbuchner**: „Wer in Oberösterreich Integration verweigert, wird Konsequenzen spüren.“



## Elternbildung im Mutter-Kind-Pass verankern

*Die Elternbildung soll künftig im Mutter-Kind-Pass verankert werden. Ein entsprechender Antrag von LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner bei der Konferenz der Landesfamilienreferenten in St. Pölten wurde einstimmig angenommen.*

„Elternbildung dient dem Wohle der gesamten Familie. Mir ist es ein großes Anliegen, noch mehr Eltern so früh wie möglich zu erreichen und ihnen Tipps und Informationen zu den Themen Erziehung, Familienkultur und Partnerschaft bieten zu können. Integriert man die Angebote der Elternbildung in den Mutter-Kind-Pass können so früh wie möglich und nahezu alle werdenden Eltern erreicht werden“, erklärt Haimbuchner.

Mit dem flächendeckenden Instrument des Mutter-Kind-Passes könnten alle Eltern bereits vor Geburt des Kindes – also in einem Zeitfenster, indem sie ein besonderes Bedürfnis nach Information haben – erreicht werden. Mit Hilfe der Familienberatungsstellen, Eltern-Kind-Zentren und vielen weiteren Einrichtungen kann ein niederschwelliges und attraktives Elternbildungsangebot verstärkt angeboten werden, das durch den Mutter-Kind-Pass (z.B. Gutscheine) eine entsprechende Nachfrage erfährt.

## Doppelstaatsbürger: Türken vor Gericht abgeblitzt

Seit Anfang Mai liegt erstmals eine Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts punkto türkischer Doppelstaatsbürgerschaften vor. Konkret sind zwei Türken, die ihre doppelte Staatsbürgerschaft (Anm: türkische und österreichische) behalten wollten, vor Gericht abgeblitzt und den Betroffenen wird nunmehr die österreichische Staatsbürgerschaft aberkannt. Ihre Beschwerde wurde abgewiesen, es besteht jedoch noch die Möglichkeit einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof sowie eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof.

Konkret hatten die beiden aus der Türkei stammenden Personen 1999 die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten und mussten somit die türkische zurücklegen. Nach Überprüfung einer möglichen illegalen türkisch-österreichischen Doppelstaatsbürgerschaft hatte die Landesregierung den beiden Betroffenen einen Aberkennungsbescheid zugestellt. Denn beide hätten, so der Vorwurf, einen Antrag auf Wiederaufnahme in den türkischen Staatsverband gestellt. Damit wurden sie erneut zu türkischen Staatsbürgern, was jedoch mit dem Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft verbunden gewesen ist.

Das Landesverwaltungsgericht ließ die Argumente nicht gelten, wonach sie zwar im türkischen Generalkonsulat in Salzburg ein Schreiben unterzeichnet hätten, aber Inhalt und Auswirkungen nicht vollständig erfassten. Weiterer Inhalt der Beschwerde war zudem, dass sie stets als Österreicher aufgetreten



Landesrat **Elmar Podgorschek**: „Bei 70 Fällen wurde exemplarisch ein Verfahren eingeleitet“.

waren und nur einen österreichischen Pass hätten. Laut Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes wird eine fremde Staatsbürgerschaft schon allein durch eine entsprechende Willenserklärung erlangt. Selbst wenn unverschuldet ein Irrtum über die Auswirkungen einer anderen Staatsbürgerschaft vorliege, ändere sich daran nichts. Beide Betroffenen gaben zudem an, ihnen sei auch ein türkischer Personalausweis ausgestellt worden.

Laut dem in Oberösterreich zuständigen Landesrat Elmar Podgorschek wurden auf einer übermittelten Liste von möglichen illegalen Doppelstaatsbürgerschaften 4.000 Verdachtsfälle herausgefiltert. Exemplarisch wurde nunmehr bei 70 Fällen ein Verfahren ein-

geleitet. Bei einigen Personen wurde bereits ein Aberkennungsbescheid ausgestellt, diese wurden zum Teil rechtskräftig. Derzeit sind zehn Verfahren beim Landesverwaltungsgericht anhängig.

### Zur Vorgeschichte:

Aufgeflogen waren die illegalen Doppelstaatsbürgerschaften während des letzten Verfassungsreferendums in der Türkei im Vorjahr, weil Türken mit österreichischem Pass plötzlich in türkischen Wählerverzeichnissen aufschienen, wonach sie für das Verfassungsreferendum stimmberechtigt seien.

Danach wurden von den heimischen Behörden die Wählerverzeichnisse durchforstet.



Bild: Andreas Kuttlinger



V.l.n.r.: LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, Außenministerin Dr. Karin Kneissl, Diskussionsleiterin Mag. Hanna Kordik und IV-Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter Koren

## Podiumsdiskussion **Staatsziel Wirtschaftswachstum**

Auf Einladung von FPÖ-Landesparteiobermann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner fand kürzlich im Wiener Ringturm eine hochkarätige Podiumsdiskussion vor Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und Industrie statt. Außenministerin Dr. Karin Kneissl sowie der Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Ing. Mag. Peter Koren diskutierten gemeinsam mit Haimbuchner unter der Leitung der Wirtschaftsredakteurin Mag. Hanna Kordik das Thema Staatsziel Wirtschaftswachstum! Erörtert wurde an diesem Abend das geplante Bekenntnis zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort in der österreichischen Bundesverfassung.

Im Zentrum der Überlegungen stand dabei die Frage, welche Chancen sich für den Standort Österreich mit solch einem Bekenntnis bieten. Themen waren neben der Entwicklung der österreichischen Standortpolitik und Wettbewerbsfähigkeit auch die Digitalisierung, die Abwanderung inländischer Unternehmen, der Umwelt- und Naturschutz im Kontext mit der Wirtschaft, sowie die Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Wirtschaftspolitik.

„Eine florierende Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand und Sicherheit“, beton-

te Haimbuchner den daraus resultierenden gesamtgesellschaftlichen Nutzen. Er, Haimbuchner, sehe dabei keinen Widerspruch in Ökonomie und Ökologie, „da die Finanzierung umfangreicher Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen direkt und indirekt aus der Wirtschaft mitgetragen wird.“ Darüber hinaus könnten nur einer intakten Umwelt von Unternehmen Standortvorteile generiert und effizient genutzt werden.

Außenministerin Kneissl schloss von den Erfahrungen ihrer Auslandsreisen – vor allem nach China und in den Iran – auf die österreichischen Spezifika und nationale sowie internationale Entwicklungen. Sie hob dabei vor allem die Bedeutung internationaler politischer Kooperationen für die heimische Wirtschaft hervor und zeichnete ein Bild Österreichs als verlässlichen Partner in der Welt. Gerade Rechtssicherheit und Berechenbarkeit zeichneten den österreichischen Standort aus. IV-Vizegeneral Koren ging es um die Bedeutung des Standortentwicklungsgesetzes und der Klima- und Energiestrategie für Österreich. Ebenso sei eine Erleichterung und Beschleunigung bei der Genehmigung von wesentlichen Investitionsvorhaben – Stichwort 3. Piste Flughafen Wien – unumgänglich.

## Gemeindeprüfung neu aufgestellt

*Die Gemeindeprüfung wird in Oberösterreich neu aufgestellt. Zehn Vollzeit-Prüfer werden dezentral in vier Zentren Gemeinden unter die Lupe nehmen, kündigt der zuständige Landesrat Elmar Podgorschek an.*

Diese Prüfer sollen mindestens zehn Prozent der 442 Kommunen kontrollieren – also rund 40 Gemeinden pro Jahr – und werden sich um nichts anderes mehr kümmern müssen. „Ziel ist es, Fälle wie in St. Wolfgang, wo vieles im Argen lag, zu vermeiden“, so Podgorschek.



„Wir schaffen mit dieser Reform und dem neuen unabhängigen Prüfertrupp für Gemeindefinanzen Effizienz und Transparenz, Doppelgleisigkeiten werden abgeschafft. Die vier Kompetenzzentren im Innviertel, Traunviertel, Mühlviertel und Hausruckviertel sind der ‚Direktion Inneres und Kommunales‘ unterstellt“, kündigt Podgorschek an, „dass alle Rohberichte auch weiterhin mir vorgelegt werden müssen. Eine Mausechlei unter der Decke wird es nicht geben.“ Der FP-Landesrat betont, dass die Neuaufstellung der Gemeindeprüfung eine Serviceleistung und Hilfestellung für die Gemeinde sei. Keinesfalls sollen dadurch Gemeinden bzw. Bürgermeister an den Pranger gestellt werden.

# 1. Mai: Die FPÖ ist

Auch Oberösterreichs FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner teilte gegen die SPÖ, als auch gegen die Grünen aus. Der FP-Landesparteiobmann kritisierte anlässlich des „Tags der Arbeit“, dass die Wertschätzung für das Handwerk von den Linken verdorben wurde. Es fehle an Facharbeitern. Dazu zählen Schweißer, Fliesenleger oder Schlosser.

In Oberösterreich hätten die Freiheitlichen dafür gesorgt, dass die Mindestsicherung kein „Migrantenunterstützungsfonds“ sei. Und Haimbuchner betonte: „Wir Freiheitliche machen eine Politik für die Bürger, die unser Land prägen. Es geht um die Normalität – aber das ist für die Linken etwas Verwerfli-

^ FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner

> Hervorragende Stimmung wie jedes Jahr bei der 1. Mai-Veranstaltung in Linz.

^ 3. NR-Präsidentin Anneliese Kitzmüller mit Landesrat Elmar Podgorschek.

FPÖ DIE SOZIALS  
HEIMATPARTEI

Fair. Sozial. Gerech  
Unsere Arbeit für Österrei

# Partei der Arbeitnehmer!

*Erstmals als Vizekanzler hielt FPÖ-Obmann HC Strache seine traditionelle Rede am 1. Mai im Europazelt am Linzer Urfahrermarkt. Strache unterstrich die Leistungen der FPÖ in der Bundesregierung und übte zeitgleich massive Kritik an der SPÖ.*

ches, die meinen das Leben sei eine bekifftete Endlosparty. Wir aber sind für jene da, die täglich zur Arbeit gehen, ihre Familien ernähren und dort leben, wo sie geboren sind. Denn das ist die Mehrheit in diesem Land." Und das wusste HC Strache ausführlich zu berichten. „Ich stehe zu meinem Wort. Wir entlasten die Familien mit 1,5 Milliarden Euro und auch die kleinen Einkommensbezieher durch die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Weiters gibt es mehr Geld für Polizei, Bundesheer, Soziales, Pflege, Bildung und Forschung. Und trotzdem geben wir erstmals seit 64 Jahren weniger aus, als wir einnehmen. Wir sparen 2,5 Milliarden Euro pro Jahr im System“, betonte der Vizekanzler.

## ■ Schärfere Asylpolitik umgesetzt

Die freiheitliche Handschrift sei, so Strache, auch in der Asylpolitik klar sichtbar:

„Wir haben jetzt auch die Änderung des Fremdenrechts in Angriff genommen. Straffällig gewordene Flüchtlinge sollen nach der Strafhaft umgehend in Schubhaft genommen werden. Gegen straffällige Drittstaatsangehörige kann ein unbefristetes Einreiseverbot künftig ab einer unbedingten Freiheitsstrafe von mehr als drei (bisher fünf) Jahren erlassen werden. Sollte ein Asylberechtigter Urlaub in seinem Heimatland machen oder sich freiwillig dort wieder niederlassen, soll der Asylstatus aberkannt werden. Neu ist zudem, dass das Aberkennungsverfahren deutlich schneller als bisher durchgeführt werden soll.“

## ■ Arbeiter wählen FPÖ

Bei der SPÖ herrsche Katzenjammer und ihr würden auch die Arbeiter in Scharen davonlaufen. Bei der Landtagswahl in Salzburg hätten 41 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter die Freiheitlichen gewählt.

„Das zeigt, wie sich die Zeiten geändert haben. Gerade heute, am Tag der Arbeit, muss man das auch besonders betonen“, resümierte der FPÖ-Chef.

„Wir fühlen uns den Menschen verpflichtet“, sagte Strache, der sich abschließend überzeugt zeigte, dass die FPÖ mindestens zwei Legislaturperioden in einer Regierung sein werde, um die Missstände der Vergangenheit zu reparieren.



▲  
◀ Bundesparteiobmann,  
Vizekanzler HC Strache

## Kriminalstatistik 2017:

# Jeder dritte Tatverdächtige ist Ausländer



Die Kriminalstatistik des vergangenen Jahres zeigt: Noch nie konnte die Polizei in Oberösterreich so viele Straftaten aufklären. Fast 59 Prozent der Fälle und damit die bundesweit zweithöchste Aufklärungsquote gibt es in unserem Bundesland. Konkret heißt das, dass die Identität der Verdächtigen feststeht. Im Vergleich dazu liegt österreichweit die Aufklärungsquote bei 50,1 Prozent.

„Dieses historisch höchste Ergebnis ist dem vorbildlichen Einsatz der Exekutivbeamten im Land zu verdanken. Wir danken den Polizistinnen und Polizisten, die mit großem Engagement ihre Arbeit tagtäglich leisten und zu Recht stolz auf die hohe Aufklärungsquote sein dürfen“, heben FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner und Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek hervor.

Die Exekutive konnte im Jahr 2017 28.426 Tatverdächtige ausforschen. Davon waren 13.196 ausländische Staatsbürger. Die häufigsten Anzeigen kassierten Rumänen, gefolgt von Deutschen und Türken. Besonders markant und auffallend ist der Umstand, dass bei den Straftaten im letzten Jahr es die Afghanen von Null auf Platz vier in die Gesamtstatistik geschafft haben. „Mehr als deutlich zeigt sich,

dass bei dieser Personengruppe auch ein Import von Kriminalität und Gesetzesbruch stattgefunden hat. Dieser Asylantenkriminalität will Innenminister Herbert Kickl zu Recht konsequent etwa durch verstärkte Abschiebungen, Ausbau der Schubhaftmöglichkeiten, stärkerer Suche nach Illegalen an bekannten Hot-Spots begegnen. Und es ist absolut nicht verständlich, dass die linke Opposition damit auffällt, einen

Abschiebestopp nach Afghanistan zu fordern“, kritisiert Haimbuchner.

Die Delikte, die Ausländern am häufigsten zur Last gelegt werden, sind Diebstähle, Suchtmitteldelikte und (leichte bzw. schwere) Körperverletzungen. Stark rückgängig waren laut vorliegenden Zahlen die Autodiebstähle, auch Einbrüche in Wohnungen und Häuser gingen zurück – was auch an der immer besseren Eigenheimsicherung liegt. Mit 14,8 Prozent ist die Aufklärungsquote bei Einbrüchen jedoch sehr bescheiden, knapp 30 Prozent der Kfz-Diebstähle können gelöst werden. Weiteres Detail: Stark im Kommen ist laut Bericht die Internetkriminalität, konkret etwa das Erpressen von Lösegeld, wenn ein Computer mit Verschlüsselungsprogrammen infiziert wurde. Im Steigen waren auch die Wirtschaftsstraftaten.



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner

Landesrat Elmar Podgorschek

## Leitbild: OÖ als Vorbild in Sachen Integration für den Bund

FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner betonte bei der Übergabe des neuen Integrationsleitbildes an Integrationsministerin Dr. Karin Kneissl die praxisorientierte Neuausrichtung der Hausordnung in Sachen Integration für Oberösterreich.

Im einstimmig in der Oö. Landesregierung beschlossenen Leitbild sind die wesentlichen Grundlagen und Schlüsselfaktoren für ein gelungenes Zusammenleben, wie das Bekenntnis zur gemeinsamen Sprache Deutsch, das Bemühen um Selbsterhaltung und die Teilhabe am Arbeitsmarkt sowie das Bekenntnis zu oberösterreichischen

Traditionen und christlichen Werten als Gradmesser angelegt.

„Erfreulich ist, dass es nun einen realitätsbezogenen Perspektivenwechsel gibt. Unsere grundlegenden Werte müssen als Basis ebenso akzeptiert werden.“ Es sei Aufgabe

der Mehrheitsgesellschaft, das dafür notwendige Integrationsangebot zu stellen. Für Haimbuchner sind zudem die Zeiten des Schönredens vorbei: „Bei fehlender Bereitschaft und Verweigerung muss es auch zu Konsequenzen und spürbaren Sanktionen kommen. Schon öfter wurde Oö als ‚role model‘ herangezogen, siehe Mindestsicherung. So sollte es auch in diesem Falle sein“, bekräftigte Haimbuchner gegenüber der Ministerin.

< LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner übergibt das neue OÖ Integrationsleitbild an Integrationsministerin Dr. Karin Kneissl.



Bild: Andreas Ruttinger



Landesrat Mag. Günther Steinkellner: „Ostumfahrung hat große Bedeutung für den Zentralraum.“

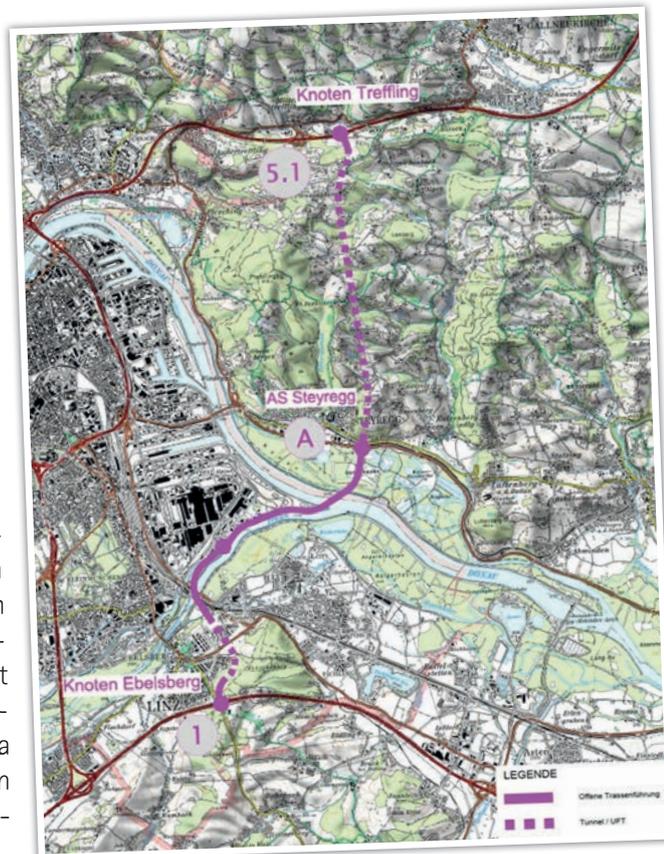
## Ost-Umfahrung ist eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte der Zukunft

„Die Linzer Ostumfahrung ist ein wesentliches Straßeninfrastrukturprojekt mit großer Bedeutung für den Zentralraum. Potentielle Trassen wurden ausgiebig nach diversen Kriterien untersucht und analysiert. Dabei einigte man sich auf eine Vorzugsvariante, welche unter anderem nach den Gesichtspunkten Verlagerungseffekt, Verkehrswirksamkeit und Erschließungswirkung die effizienteste Lösung darstellt“, so Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner.

Die Ostumfahrung gewinnt durch den bevorstehenden Ausbau der Autobahn in Tschechien an Bedeutung. Hier wird voraussichtlich 2024 der Autobahnabschnitt von Budweis bis an die österreichische Landesgrenze fertiggestellt. Mit dem weiteren Ausbau von Prag nach Budweis, weist die europäische Landkarte in Zukunft eine strategisch wichtige und hoch frequentierte Transitstrecke über Berlin–Dresden–Prag–Linz auf. „Die Ostumfahrung stellt eines der wichtigsten Zukunftsprojekte für den Zentralraum dar. Essentielle Aufgabe ist dabei, bestmögliche Umlenkeffekte zu erzielen, um den Verkehr nicht durch den Linzer Stadtkern zu leiten. Eine Veränderung der Trasse würde das Straßenprojekt um mehrere Jahre verzögern und ist daher nicht realistisch. Mit jeder Verzögerung des Projekts erhöht sich das Risiko eines Transitzollapses für Linz“, so Steinkellner.

Von großer Bedeutung sind besonders

die Anbindungen in den Westen und den Südosten von Linz. Die effizientesten Verlagerungseffekte ergeben sich deshalb durch die Vorzugsvariante von Treffling über Steyregg bis zur Anschlussstelle Ebelsberg. „Man darf nicht außer Acht lassen, dass der Großteil des Transitverkehrs von Prag in den Süden auf die Pyhrnautobahn oder nach Westen Richtung München führt. Jene, die in den Großraum Wien fahren, wählen bereits zuvor die Autobahn Richtung Brunn. Jede Verlagerung donauabwärts ist deshalb eine geringere Entlastung für die Stadt Linz, da die Bereitschaft, Umwege in Kauf zu nehmen, sinkt“, unterstreicht Steinkellner.



## Die schönsten Spielplätze im Internet finden

Ab sofort sind Oberösterreichs schönste Spielplätze im Internet auf [www.familienkarte.at](http://www.familienkarte.at) zu finden. Konkret sind die 100 besten Spielplätze abrufbar. Damit wird Eltern eine neue Möglichkeit geboten, mit ihren Kindern spannende Spielplätze zu finden. Neben einer detaillierten Beschreibung eines jeden Spielplatzes, sind auch Informationen zu Ausflugzielen, Wanderwegen in der Umgebung und Vergünstigungen mit der OÖ Familienkarte zu finden.

„Manchmal wissen Eltern gar nicht, welche schönen Spielplätze es in der Umgebung, der eigenen Gemeinde oder im eigenen Wohnumfeld gibt“, verweist Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner darauf, dass diese Online-Plattform den bisher gedruckten Spielplatzführer ersetzt und laufend erweitert wird.



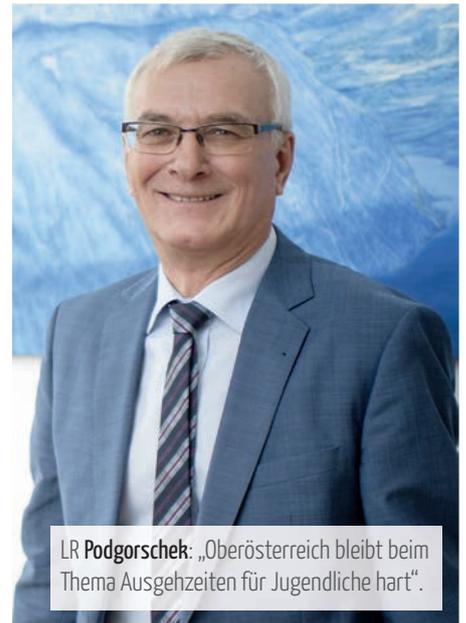
Zu finden sind Oberösterreichs schönste Spielplätze im Internet auf [www.familienkarte.at](http://www.familienkarte.at).

## Jugendschutz:

# OÖ-Modell bei Ausgehzeiten soll Vorbild sein

*In Österreich gibt es kein bundesweites Jugendschutzgesetz, jedoch neun Landesgesetze. Die Vereinheitlichung dieser Jugendschutzgesetze in Österreich war in den letzten Wochen ein großes Thema. Rauchen ab 18, Aufenthaltsregelungen beispielsweise in Shisha-Bars, Verschärfung der Alkoholabgaben für unter 18-Jährige und Ausgehzeiten waren zentrale Themen der Landesjugendreferentenkonferenz im April 2018. Grundsätzlich ist LH Stelzer Jugendreferent in Oberösterreich. Für das Jugendschutzgesetz in Oberösterreich und dessen Umsetzung ist jedoch FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek zuständig.*

Im Rahmen dieser Jugendreferentenkonferenz konnten sich die Bundesländer in den meisten Bereichen auf einheitliche Vorgehensweisen bzw. Bestimmungen einigen. Einzig bei den Ausgehzeiten konnte keine österreichweite Einigung erzielt werden. „Grund dafür ist, dass wir in Oberösterreich mit dem aus unserer Sicht zu liberalen Umgang der Ausgehzeiten eine falsche Jugendschutzpolitik und ein falsches Signal sehen und daher diesen Weg nicht mitgehen werden. Hintergrund der Debatte ist der, dass die Ausgehzeiten für unter 14-Jährige von 22:00 Uhr auf 23:00 Uhr und bei 14 bis 16-Jährigen von 24:00 Uhr auf 01:00 Uhr ausgedehnt werden sollen. Es wäre mit der neuen Regelung also für ein 14-jähriges Kind gesetzlich erlaubt, bis 01:00 Uhr ohne Begleitung unterwegs zu sein“, zeigt Podgorschek auf. Und FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner betont: „Es geht um einen vernünftigen Jugendschutz. Verantwortungsbewusste Eltern kämen nie auf die Idee, ihr 14-jähriges Kind



LR Podgorschek: „Oberösterreich bleibt beim Thema Ausgehzeiten für Jugendliche hart“.

unbegleitet bis ein Uhr Nachts ausgehen zu lassen.“

„Wir sehen in Oberösterreich die bisherige Regelung (Anm. 22:00 bzw. 24:00 Uhr) als vollkommen ausreichend. Man muss bedenken, dass Kinder in diesem Alter teilweise noch schulpflichtig sind und am nächsten Tag ihre Leistung in der Schule oder der Lehre erbringen sollen. Obwohl einige Kritiker versuchten, sich auf Oberösterreich als ‚Verhinderer der Vereinheitlichung‘ einzuschließen, haben wir in den letzten Wochen von vielen Seiten großen Zuspruch erhalten. Nicht nur Eltern oder Großeltern geben uns Recht, auch etliche Jugendschutz- und Familienexperten sind unserer Meinung. Auch zwei Onlineumfragen auf der Homepage und Facebook-Seite der Familienkarte des Landes OÖ befürworteten unsere Entscheidung. Jeweils rund 95% der Teilnehmer finden, dass Oberösterreich mit der Beibehaltung der Ausgehzeiten auf dem richtigen Weg ist“, so Podgorschek.





## Kampf gegen den politischen Islam

*Die Bundesregierung macht ernst: Es werden in Österreich sieben Moscheen – davon zwei in Oberösterreich – geschlossen und zudem bis zu 40 Imame ausgewiesen, die arabische Kultusgemeinde wegen Verstößen gegen das Islamgesetz aufgelöst. Konkret geht es dabei auch um eine Moschee in der Linzer Goethestraße und die andere ist im Welser Traunpark. Grund für die Schließung der sieben Moscheen sind illegale Finanzierung und salafistische Hintergründe. Bei den Imamen besteht der Verdacht des Verstößes gegen die laut Islamgesetz verbotene Auslandsfinanzierung.*

FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner findet klare Worte: „Ich unterstütze die entschlossene Vorgehensweise der Bundesregierung gegen den radikalen politischen Islam. Weder der politische noch der fundamentale Islam dürfen toleriert werden. Diese radikalisierte Art von Religion hat in unserem Land nichts verloren“. Ein klares Bekenntnis gäbe es seitens der FPÖ zur Religionsfreiheit anerkannter Glaubensgemeinschaften. „Es kann aber nicht toleriert werden, dass eine Werteorientierung zur politischen Indoktrinierung missbraucht wird. Der radikale politische Islam muss be-

kämpft werden und Gläubige und deren Religion gleichzeitig vor dem Missbrauch durch Extremismus geschützt werden“, betont Haimbuchner.

Auch der Welser FPÖ-Bürgermeister Dr. Andreas Rabl hat sich zu dieser Causa zu Wort gemeldet: „Es ist dies ein klares Zeichen gegen den Islamismus. Der islamische Fundamentalismus hat in Wels nichts verloren.“ Laut Recherchen der Welser FPÖ wurde das islamische Gebetshaus für die überwiegend arabischen Vereinsmitglieder mittels Spendengelder in Höhe von rund 200.000 Euro finanziert.

## Fest der Natur



LHStv. Dr. Haimbuchner

*Bei bestem Wetter fand im Linzer Volksgarten wieder das Fest der Natur statt.*

Naturschutzreferent, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner war vor Ort beim größten Naturfest. Rund 40 Aussteller bieten Informationen zum Thema Natur, präsentieren dem Publikum ihre Projekte und Aktionen. Spielerisch wird Kindern das Thema Naturschutz näher gebracht. Es konnten Nistkästen gebaut werden, an fünf Stationen gab es Infos zu den aktiven Mitbewohnern im Garten – Bienen, Wespen und Ameisen.

## Bedürftige fördern, Strukturen straffen

*FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr: „Das Steuergeld darf nicht in der Verwaltung hängen bleiben, sondern muss bei den Bedürftigen ankommen.“*

Das Sozialbudget Oberösterreichs ist in den vergangenen 30 Jahren um das Siebenfache angestiegen, während die übrigen Ausgaben nicht einmal verdoppelt wurden. Die Kosten sind aus dem Ruder gelaufen. Deshalb fordert die FPÖ seit Jahren eine umfassende Reform des Sozialbereichs.

„Unter der Bezeichnung „Sozialprojekt 2021+“ haben wir 2016 eine detaillierte Überprüfung wesentlicher Teile des Sozialbereichs in die Wege geleitet“, so Klubobmann Ing. Herwig Mahr. Das Land habe dafür unter anderem die Wirtschaftsuniversität Wien mit einer externen Überprüfung beauftragt. Die Ergebnisse dieser Studie wurden kürzlich präsentiert.



Klubobmann Ing. Herwig Mahr.

Die externen Experten und die zuständige Abteilung haben den Sozialbereich vor allem im Hinblick auf das Leistungsangebot durchforstet. Die vorliegenden Berichte bieten einen guten Überblick über die Sozialleistungen und den künftigen Bedarf insbesondere im Pflege- und Behindertenbereich. Sie sind eine wichtige Basis für die nächsten Schritte.

„Jetzt ist die zuständige Soziallandesrätin in der Pflicht, unter Einhaltung der Nullschuldenpolitik die Maßnahmen zu konkretisieren und umzusetzen. Wir werden jedenfalls nicht locker lassen. Der Sozialbereich muss zukunftsfit gemacht werden“, betont Mahr.



## Verkehrsministerium genehmigt Anschlussstelle A 7 Linz-Auhof

Seit Ende Mai 2018 liegt die Genehmigung der A7-Anschlussstelle Linz-Auhof seitens des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) vor. „Die infrastrukturelle Vernetzung der A7 wird mit der Anschlussstelle Auhof effizient gestärkt. Besonders die Anbindung des Stadtteils Dornach-Auhof an die Autobahn verbessert die Erreichbarkeit der expandierenden Johannes-Kepler-Universität sowie des Science Parks“, betont Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner.



Die Investitionen von 16 Millionen Euro für die neue Anschlussstelle der Mühlkreis Autobahn werden sich ASFINAG, Land Oberösterreich und Stadt Linz zu je einem Drittel teilen. Mit Vorliegen der Genehmigung kann die ASFINAG die Grundeinlöse einleiten, ein Abschluss der sogenannten Materienrechts-Verfahren (Naturschutz und Wasserrecht) durch das Magistrat Linz ist im Sommer 2018 vorgesehen. Mit der Fertigstellung im Jahr 2020 werden täglich rund 7.000 Fahrzeuge die Anschlussstelle benutzen.

## Das Brückenbaujahr 2018 beginnt

Seit Anfang des Jahres laufen an beiden Donauufnern die Vorarbeiten für die neuen Zusatzbrücken der Linzer Voestbrücke auf Hochtouren. Bald werden die beiden „Bypässe“ für die A 7 Donauquerung auch Stück für Stück sichtbarer. Mit einer Grundsteinlegung erfolgt der Auftakt für den Bau der Brückenpfeiler im Fluss.

Ab Frühjahr 2020 stehen täglich 100.000 Lenkerinnen und Lenker zusätzlich vier Fahrspuren zur Verfügung – jeweils zwei links und rechts der Hauptbrücke. Letztere bleibt mit Fertigstellung der Bypässe dem Durchzugsverkehr in Richtung Mühlviertel bzw. A 1 West Autobahn vorbehalten. Lenkerinnen und Lenker, die im Bereich der Donau auf- oder abfahren, tun das künftig über die beiden neuen Zusatzbrücken. Die aktuell größte Stauursache, das mühsame Einordnen und Spurwechseln, fällt dann auf der Hauptbrücke weg.

Die Zusatzbrücken sind mit einer Investitionssumme von rund 170 Millionen Euro das derzeit größte laufende Bauvorhaben der ASFINAG.

„Das Jahr 2018 wird als das Linz-Brückenjahr in die Geschichtsbücher eingehen. Gleich 3 überaus wichtige Brücken-Projekte werden heuer in Umsetzung gebracht. Daraus resultiert eine Entlastung der Pendler, die Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes sowie eine Steigerung der Verkehrssicherheit“, so Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner.



Landesrat Mag. Günther Steinkellner und Infrastrukturminister Ing. Norbert Hofer: „Bau der VOEST-BYPASS-BRÜCKEN gestartet“.

## HC Strache zu Gast in **Oberösterreich**



Vizekanzler **Strache**: „Die FPÖ ist der Impulsgeber in der Regierung“

*Großes Interesse – der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt– gab es im April bei der erweiterten Landesparteileitung in Hörsching mit Vizekanzler Heinz-Christian Strache:*

„Wir Freiheitlichen sind der Motor der Erneuerung. Der Impulsgeber. Die FPÖ ist der Schrittmacher“, zeigte Strache vor den Mandataren auf, dass ein freiheitli-

ches Regierungsprogramm umgesetzt wird. „Wir bewegen viele Inhalte, die bisher von Rot und Schwarz abgelehnt wurden.“

## Abenteuer beginnen im Kopf und beim **Ferienprogramm von Abenteuer Familie!**

*Die Sommerferien für Schüler so abwechslungs- und erlebnisreich wie möglich zu gestalten, ist das Ziel von Abenteuer-Familie-Obfrau Sandra Wohlschlager.*



Abenteuer-Familie-Obfrau **Sandra Wohlschlager**: „Wir bieten für die Ferien 2018 ein abwechslungsreiches Programm“.

wichtig ist es, ihnen neue Aktivitäten aufzuzeigen und soziale Fähigkeiten weiterzuentwickeln“, so Wohlschlager.

Das Ferienprogramm 2018 ist vielfältig. In der Region Wels decken sieben Betreuungswochen einen Großteil der gesamten Ferienzeit ab. Doch auch das Angebot für Oberösterreich wurde ausgebaut. So gibt es beispielsweise einen Blick hinter die Kulissen beim Linzer Flughafen, Fischen in Rohr/Kremstal, einen Besuch bei Radio B138 in Kirchdorf oder das Abenteuer Zeltlager, das mit Mini-Farb-Festival, Piratentag, Jonglage und Abschlussdisco in Redleiten (Bezirk Vöcklabruck) stattfindet.

Alle Informationen zum Ferienprogramm gibt es unter: [www.abenteuerfamilie.info](http://www.abenteuerfamilie.info)

„Gelegentliche Langeweile in den Ferien ist unbedingt notwendig, um die Fanta-

sie der Kinder anzuregen und sie Ideen ausprobieren zu lassen. Doch genau so



Der Wolf ist streng geschützt.

## Mythen und Fakten:

# Der Wolf in Oberösterreich

*Immer öfter stellt man fest, dass oftmals großes Unwissen herrscht, wenn es um die Rückkehr des Wolfes nach Österreich geht. Dabei scheint es manchmal auch so, als ob sogar jagdliche Funktionäre und Menschen, die es eigentlich besser wissen müssten, vor allem in Oberösterreich Fakten rund um den Wolf vermischen, oder nicht kennen.*

Fakt ist: Der Wolf ist eine streng geschützte Tierart nach der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie der EU (FFH-Richtlinie). Es erfolgten aber keine Wiederansiedlungsprojekte und keine Nachzucht. Der Wolf ist aus Osteuropa auf natürlichem Wege wieder nach Mitteleuropa zurückgekehrt, wo er seit dem 18. Jahrhundert nahezu ausgestorben war. Es ist daher eine Bewusstseinsbildung und Aufklärung in der Bevölkerung notwendig, ebenso wie eine klare Regelung bei Schäden durch den Wolf etwa bei Weidetieren in der Almwirtschaft. Statt Aufklärung konzentrieren sich die meisten Medienberichte eher auf reißerische Berichterstattung. Ein Wolfsmanagementplan für Oberösterreich ist daher unbedingt erforderlich.

Die politischen Zuständigkeiten in Oberösterreich sind ebenfalls klar: Der Wolf ist im Jagdgesetz erfasst und fällt daher in den Zuständigkeitsbereich von Landesrat Max Hiegelsberger (ÖVP). Das

oftmals vernommene Argument, als Naturschutzreferent sei LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner für den Wolf zuständig, ist unrichtig. So eine Zuständigkeit gäbe es nur, wenn der Wolf in einem Natura-2000-Gebiet im Standarddatenbogen mit dem Erhaltungsgrad A, B oder C eingestuft wird. Eine Reproduktion in einem Natura-2000-Gebiet wurde aber bislang noch nicht nachgewiesen. Für alle Wolfsvorkommen außerhalb von Natura-2000-Gebieten gilt:

**Hier ist die Jagdbehörde und damit Landesrat Hiegelsberger zuständig.**

Die österreichischen Agrarlandesräte haben bei ihrer letzten Konferenz am 18. Jänner 2018 zum Thema Herdenschutz in Form eines Beschlusses die Empfehlung ausgesprochen, dass die FFH-Richtlinie geändert werden soll. Konkret soll der Wolf aus dem Anhang 4 in den Anhang 5 der Richtlinie verscho-

ben werden. Die Agrarlandesräte versuchen also, die Verantwortung für das heikle Thema eines Wolfsmanagements auf den Naturschutz „abzuschieben“. Sicher keine hilfreiche Strategie, um ein vernünftiges Wolfsmanagement zu erreichen. Die Entscheidung über eine allfällige Änderung der FFH-Richtlinie muss jedenfalls auf europäischer Ebene erarbeitet werden.

Dennoch gibt es auch in Oberösterreich Handlungsbedarf. Im Gegensatz zu Österreich gibt es etwa in Deutschland bereits in 13 von 16 Bundesländern Wolfsmanagementpläne, die unter bestimmten Voraussetzungen auch die Entnahme des Wolfes zulassen. Es ist also dringend an der Zeit für alle österreichischen Agrarreferenten – und in Oberösterreich also Landesrat Hiegelsberger –, in deren Zuständigkeit der Wolf eindeutig fällt, tragfähige Managementpläne für den Wolf zu entwickeln, anstatt auf allen Ebenen daran zu arbeiten, die Verantwortung abzuschieben.



## Billigstwohnungen für Geringverdiener

Stark verteuert hat sich in den vergangenen Jahren der Wohnbau auf Grund von überbordenden Vorschriften und hohen Qualitätsansprüchen. FPÖ-Landesparteiobmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner kündigt deshalb ein neues Fördermodell an, um in Zukunft Billigstwohnungen zu forcieren. Konkret soll es neben der normalen Wohnbauförderung und dem Projekt „Junges Wohnen“ für unter 35-jährige noch Billigstwohnungen geben. „Dabei könnte man etwa auf einen Lift und umfassende barrierefreie Maßnahmen verzichten, weil diese den sozialen Wohnbau immer mehr verteuern“, sagt Wohnbaureferent Haimbuchner, dass derzeit die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für die Bauträger erarbeitet werden. Zusätzlich ist geplant, so Haimbuchner, die Wohnbauförderung an das Baurecht anzugleichen. „Diese Wohnungen sollen Geringverdienern zur Verfügung gestellt werden.“

Foto: Wolfgang Kumsch



FP-Wohnbaureferent LH-Stv. Dr. **Manfred Haimbuchner** kündigt neues Fördermodell für Billigstwohnungen an.

Laut Statistik Austria sind die Wohnkosten für Mieter in Genossenschaftswohnungen in Österreich zwischen 2008 und 2015 um 17 Prozent gestiegen, auf dem freien Markt sogar um 31 Prozent. Die Inflation lag bei 13 Prozent und die stagnierenden Realeinkommen verschärfen die Situation. Noch unklar ist, wie viel diese Wohnungen jedoch unter den Preisen von „Junges Wohnen“ liegen, wo die Kaltmiete inkl. Betriebskosten höchstens 270 Euro für 45 m<sup>2</sup> beträgt.

„Wir wollen in Oberösterreich vor allem Härtefälle bei den Geringverdienern abmildern. Daher sollen weiterhin über den sozialen Wohnbau die Wohn- und Mietpreise auf einem gesunden Niveau gehalten werden“, hat laut Haimbuchner das Land im Jahr 270 Mio. Euro zur Verfügung und schafft pro Jahr damit rund 2.500 neue Wohneinheiten im mehrgeschossigen Wohnbau. „Günstiges Wohnen für die Menschen, nicht unnütze Ausstattungen, muss das Ziel sein“, kündigt der FP-Wohnbaureferent an, die gesetzlichen Vorgaben zeitnah zu lockern.

## Regierung packt Themen an



Innenminister **Herbert Kickl**: Trendwende in Asylpolitik gestartet.



Bei der Sitzung der erweiterten FPÖ-Landesparteileitung in Hörsching vor der Sommerpause war Innenminister Herbert Kickl zu Gast. Das Interesse der Mitglieder, Informationen aus erster Hand zu bekommen, war enorm.

„Wir packen mit einem enormen Tempo die nötigen Reformen in der Regierung an. Es wird von der Bevölkerung wertgeschätzt, dass wir die Dinge – wo früher lange weg-

geschaut wurde und nichts passiert ist – in Angriff nehmen“, betonte Herbert Kickl. In der Asylpolitik sei eine Trendwende eingeläutet worden: „Die Devise lautet nun: So streng wie nötig und

nicht anziehend in unseren Sozialstaat. Das Gegenteil vom bisherigen Anreizmodell, nach Österreich zu kommen, war längst überfällig“, so der FPÖ-Innenminister.



**FPO** DIE SOZIALE  
HEIMATPARTEI

# Österreichs Zukunft

– EIN OFFENES WORT –

## Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Seit Jahresbeginn 2018 hat die neue Bundesregierung viele positive Reformen eingeleitet. Einigen einflussreichen Kreisen im Land gefällt das gar nicht. Dafür gibt es umso mehr positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung.

Erinnern Sie sich noch zurück an Rot-Schwarz? Täglicher Streit, eine inhaltliche Lähmung und negative Rekorde in sämtlichen Politikfeldern waren an der Tagesordnung. Damit ist jetzt Schluss! Und das ist gut so!

Alle kommenden Reformen sind das Ergebnis von zähen Verhandlungen gewesen. Unterm Strich war es für uns wichtig, dass Österreich als Gewinner herauskommt. Das heißt:

- Verschärfung der Asylpolitik
- Stopp der illegalen Migration
- Sicherheitsoffensive
- Strafrechtsverschärfung
- Steuerliche Entlastung
- Mehr Geld für Familien
- Deutsch vor Schule
- Erhöhung Mindestpension
- Mehr direkte Demokratie
- Weniger EU-Bevormundung
- Kampf dem politischen Islam
- ORF-Reform u. v. a. m. ...

Nicht verhandelbar für die ÖVP war dabei aber das umstrittene CETA-Handelsabkommen! Schon 2017 wurden gegen unsere Stimmen weite Teile davon umgesetzt. Immer wieder wurde auch unsere Forderung nach einer Volksabstimmung abgelehnt. Als Demokraten haben wir dies akzeptiert. Sonst hätte Österreich weiter unter einer rot-schwarzen Regierung leiden müssen. Nur so können wir jetzt unsere zahlreichen Forderungen unter anderem zu den Themen Zuwanderung und Asyl umsetzen. Denn wir wollen, dass wir Österreicher Herr im eigenen Haus bleiben.

Wir bringen Österreich wieder auf die Überholspur. Unsere geliebte Heimat hat sich eine gute Zukunft verdient. Darauf gebe ich Ihnen mein Wort!

Ihr  
*HC Strache*

Vizekanzler Heinz-Christian Strache

FPÖ-Bundesparteiobmann

Lesen Sie mehr unter

[www.fpoe.at/oesterreichszukunft](http://www.fpoe.at/oesterreichszukunft)